

Hintergrund: Griechenland

Nr. 7 / 29. Januar 2015



Regierungsbildung in Griechenland: Eine Odyssee ins Unbekannte

Markus Kaiser & Athanasios Grammenos

Am Dienstag (27.01.) wurde die neue griechische Regierung der linkspopulistischen SYRIZA und der rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ (ANEL) im Parlament vereidigt. Neuer Premierminister ist der erst 40-jährige Alexis Tsípras, Finanzminister wurde mit dem Wirtschaftsprofessor Yannis Varoufákis ein rigoroser Gegner der Austeritätspolitik. Einig sind sich die Links- und Rechtspopulisten in ihrer Totalopposition gegen den Sparkurs sowie in der Forderung nach einem Schuldenschnitt.

Unbekannte Köpfe erschweren Kompromiss

Mit dem Altkommunisten Giannis Dragasákis wurde ein weiterer entschiedener Gegner der Sparpolitik zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Der 1989 für einige Monate als Wirtschaftsstaatssekretär amtierende Volkswirt ist das einzige Kabinettsmitglied der SYRIZA mit Regierungserfahrung. Als stellvertretender Regierungschef soll der Wirtschaftspolitiker künftig die Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik übernehmen und gemeinsam mit Finanzminister Varoufákis – neben Tsípras der zweite „Popstar“ der griechischen Linken – die Verhandlungen mit den europäischen Geldgebern führen. Darüber hinaus besetzte SYRIZA die Ministerien für Inneres und Arbeit mit hochrangigen Parteifunktionären, neuer Außenminister wird der parteilose, aber der Kommunistischen Partei entstammende Nikos Kotziás. Als Politikprofessor hatte Kotziás im Jahr 2013 ein Buch mit dem Titel „Schuldenkolonie Griechenland – Der europäische Imperialismus unter deutschem Vorsitz“ herausgegeben.

Die von Premierminister Alexis Tsípras zusammengestellte Kabinettsliste gibt keinen Anlass zu der im Vorfeld der Wahlen geäußerten Hoffnung, dass er mit Regierungsübernahme Abstriche bei seinen radikalen Forderungen machen würde. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: Schlüsselministerien wurden unter Einbeziehung aller in SYRIZA vertretenen Strömungen parteiintern vergeben, von einer Betonung des reformistischen Elements kann keine Rede sein. Panos Kamménos, Vorsitzender des Koalitionspartners ANEL, erhielt wunschgemäß das Verteidigungsministerium. Neben Kamménos sind lediglich drei weitere Vertreter der „Unabhängigen Griechen“ als Vizeminister oder Staatssekretäre im neuen Kabinett vertreten. Zwar wurde die Anzahl der Ministerien von zuvor 19 auf nunmehr zehn reduziert, doch umfasst das Kabinett nach wie vor insgesamt 41 Mitglieder. Unter den zehn Ministern findet sich keine einzige Frau, im erweiterten Kabinett sind es lediglich sechs.

Wer sind die „Links-“ und „Rechtspopulisten“?

Auch wenn die Parteiführung von SYRIZA seit der Europawahl im Mai 2014 rhetorisch abzurüsten versuchte, werden Richtungsentscheidungen immer noch vom zweihundertköpfigen Zentralkomitee des Bündnisses getroffen. Sein Kern besteht aus der ehemaligen sozialistischen Partei *Synaspismós*, die 1992 durch die Aufspaltung der griechischen Linken in die leninistische „Kommunistische Partei Griechenlands“ (KKE) und mit *Synaspismós* in einen pro-europäischen Flügel im Nachgang des Zusammenbruchs der Sowjetunion entstand. *Synaspismós* gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linken und galt bis zu ihrem Aufgehen in SYRIZA als pro-europäische Reformkraft innerhalb des linken Lagers. Dreißig Prozent des Zentralkomitees bestehen hingegen aus Vertretern der radikalen „Linken Plattform“, die eine Rückkehr Griechenlands zur Drachme nicht ausschließt. Panagiotis Lafazánis, der als Sprecher der „Linken Plattform“ bis zuletzt einen Bruch Griechenlands mit der EU, den Austritt aus der Nato, die Rückkehr zur Drachme und umfangreiche Verstaatlichungen forderte, wurde von Tsípras zum Minister für Wiederaufbau, Energie und Umwelt ernannt. Zusätzlich zu den originär in SYRIZA vertretenen Gruppen traten in den vergangenen Jahren auch immer wieder Abgeordnete der früheren sozialistischen Volkspartei PASOK der neuen „sozialistischen Sammelbewegung“ bei.



PASOK / Foto: FNF-Griechenland

Europapolitisch fordert das im September 2014 verabschiedete „Thessaloniki-Programm“ der Partei einen „Europäischen *New Deal*“ mit umfangreichen öffentlichen Investitionen, eine „quantitative Lockerung“ durch die Europäische Zentralbank (EZB) sowie eine Konferenz zur Reduzierung der griechischen und südeuropäischen Schulden nach Vorbild des Londoner Schuldenabkommens von 1953. Innenpolitisch fixiert das Programm einen „Nationalen Aufbauplan“, der auf dem Wiederaufbau und der Erweiterung des Sozialstaats basiert. Finanziert werden soll er durch zusätzliche Einnahmen aus der Bekämpfung der Steuerhinterziehung sowie einer besseren Ausschöpfung der europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds.

Während SYRIZA bereits seit rund zwei Jahrzehnten als loser Zusammenschluss links von der PASOK angesiedelter Gruppierungen existiert, sind die „Unabhängigen Griechen“ (ANEL) eine erst seit 2012 bestehende rechtspopulistische Abspaltung der *Nea Dimokratía* (ND). Ursprünglich eine „Anti-Austeritätspartei“, hatte die ND unter ihrem Parteivorsitzenden Antonis Samarás im November 2011 einen beispiellosen Richtungswechsel vollzogen und unterstützte fortan die Übergangsregierung von Loukas Papadémos und das mit den internationalen Geldgebern ausgehandelte Memorandum. Diejenigen Abgeordneten, die gegen die Vereinbarungen stimmten, wurden erst aus der Fraktion und im Februar 2012 auch aus der Partei ausgeschlossen. Gemeinsam mit neun weiteren Ausgeschlossenen gründete Panos Kamménos im Frühjahr 2012 die rechtspopulistische ANEL, um fortan als nationalistische Alternative zur ND bei den Parlamentswahlen anzutreten. Im Europäischen Parlament gehört sie der euroskeptischen Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“ (ECR) an.

Ideologisch stehen die „Unabhängigen Griechen“ ganz in der Tradition einer historisch fest in der ND verankerten politischen Strömung: die der „traditionellen Rechten“. Diese zeichnet sich durch enge Beziehungen zu konservativen Vertretern der griechisch-orthodoxen Kirche, einen eng gefassten Begriff der griechischen Nation sowie einen generell nationalkonservativen und anti-kommunistischen

Wertekanon aus. Europapolitisch fordert ANEL ein „Ende der Besetzung Griechenlands durch die EU und die Banken“ und proklamiert, Griechenland sei einer „internationalen Verschwörung“ zum Opfer gefallen.

Parteigründer Kamménos ist ein erfahrener, in der *Nea Dimokratía* sozialisierter Berufspolitiker, der bereits sechsmal in Folge ins griechische Parlament gewählt wurde. Im Jahr 2009 diente der heute 49-Jährige in der Regierung von Kostas Karamanlís einige Monate als „Vizeminister für die Handelsmarine, die Ägäis und Inselfolitik“. In unruhiges Fahrwasser geriet er im April 2013, als die Steuerfahndung Nachforschungen im Zusammenhang mit der Kamménos-Familienyacht *Iliatoras of London* anstellte, die bei einer Offshore-Gesellschaft im Steuerparadies *Isle of Man* registriert ist. Negativ trat Kamménos, der als unbeherrscht und unberechenbar gilt, zudem mit der Verbreitung eines geschmacklosen Schwulenwitzes über den damaligen deutschen Außenminister Guido Westerwelle bei Facebook in Erscheinung.

Wohin geht die Reise?

Bei einer Einschätzung des politischen Gestaltungswillens dieser „Koalition der Populisten“ sind zwei grundlegend divergierende Szenarien denkbar: Einerseits entspringen beide Parteien ideologisch wie personell den alten Systemparteien ND und PASOK, nehmen allerdings für sich in Anspruch, die „reine Lehre“ zu vertreten. Unter diesem Blickwinkel wäre die neue Regierung keineswegs „radikal“, sondern lediglich „alter Wein in neuen Schläuchen“. Es wäre daher nicht überraschend, würden sich die alten Funktionäre der ND und diejenigen, die das sozialistische Erbe der PASOK angetreten haben, in den vorhandenen Klientelstrukturen einrichten. Ein Anreiz, durch Reformen strukturelle Mängel des griechischen Staatswesens zu beseitigen, wäre dann kaum gegeben.



Echo der Bankenkrise / Foto: FNF-Griechenland

Andererseits kann argumentiert werden, dass beide Koalitionspartner aufgrund ihrer „Emanzipation“ von den Mutterparteien eben nicht mehr in dem Maße Partikularinteressen bedienen müssen, wie es die Vorgängerregierung aus ND und PASOK zum Erhalt ihrer Wählerklientel tat. Zudem besteht das von SYRIZA dominierte Kabinett aus vielen „Technokraten“ und politisch unverbrauchten akademischen Experten, die nicht durch politische Seilschaften, sondern aufgrund des Wunsches nach Veränderung einen

Regierungsposten übernehmen konnten. Beide Szenarien sind zumindest denkbar.

Obschon die neue griechische Regierung schnell als „Anti-Austeritätskoalition“ betitelt wurde, sind zumindest von Finanzminister Varoufákis – neben populistischen Ergüssen wie dem „fiskalischen Waterboarden“, dem Griechenland ausgesetzt sei – durchaus reformorientierte Töne zu hören. Varoufákis möchte die griechischen Großkonzerne, die traditionell eng mit den etablierten Parteien verwoben sind, stärker als bisher zur Kasse bitten. Es sei, und da können ihm selbst Liberale zustimmen, „einer der größten Fehler der bisherigen Reformpolitik der Europäer gewesen, diese Klientelstrukturen nicht aufzubrechen, sondern die ‚Kleptokraten‘ mit der Durchsetzung der Sparbeschlüsse zu beauftragen.“ Zudem sprach sich Varoufákis dafür aus, Steuervermeidung und -hinterziehung zu bekämpfen, gegebenenfalls auch mit Hilfe der europäischen Partner.

Wenngleich die Schaffung eines gerechteren Steuersystems eine der vornehmlichen Aufgaben einer neuen Regierung sein sollte, dürfen wirtschafts- und finanzpolitische Reformen nicht dafür genutzt werden, das noch immer hoch ineffiziente Staatswesen weiter über Gebühr zu alimentieren. Aus liberaler Sicht müssten frei werdende Mittel in gezielte Wirtschaftsförderung, den Abbau von Handelshemmnissen und der Schaffung von Investitionssicherheit sowohl für den griechischen Mittelstand als auch ausländische Investoren gesteckt werden, um den privaten Sektor schrittweise zu einem Träger des griechischen Gemeinwohls aufzubauen. Hier lagen die Defizite der Vorgängerregierung.

Am Mittwoch (28.01.) kam das neue griechische Kabinett zu seiner ersten Sitzung zusammen. Nachdem bereits der geplante Verkauf des Hafens von Piräus auf Eis gelegt wurde, stoppte das Kabinett auch die Privatisierung des Energiekonzerns PPC. Wohlwollend könnte man der Regierung zugutehalten, dass sie zu Beginn ihrer Amtszeit einige der von der Vorgängerregierung initiierten Privatisierungen überprüfen möchte, die von der Bevölkerung gemeinhin als dubios und anrüchig empfunden werden. So wurde etwa der profitable staatliche Wettanbieter OPAP zu einem Bruchteil des Marktwertes an einen engen Vertrauten von Premierminister Samarás verscherbelt, nur um der Troika kurz vor Trojasschluss die richtigen Haushaltszahlen liefern zu können.



Parlament in Athen / Foto: FNF-Griechenland

Unmittelbar bevor steht die Wahl des griechischen Staatspräsidenten, deren Scheitern im Dezember 2014 die vorgezogene Parlamentswahl erst hatte notwendig werden lassen. Traditionell nominieren griechische Regierungen meist einen Kandidaten der Opposition für dieses zeremonielle Amt. Gerüchte in Athen besagen, dass Tsípras den konservativen EU-Kommissar Dimitris Avramópoulos vorschlagen könnte. Diesem Kandidaten könnte sich die ND nicht verwehren, und Tsípras erhielt damit die Chance, einen eigenen EU-Kommissar nach Brüssel zu entsenden.

Was machen die Liberalen?

Griechische Liberale bewerten die neue Regierung skeptisch. „Griechenland benötigt weitergehende Strukturreformen als die von SYRIZA vorgeschlagenen“, ist sich Aristides Hatzís, Professor für Recht & Wirtschaft an der Universität Athen, Kolumnist für die *New York Times* und langjähriger Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, sicher. „Das Land wird sich ohne eine Öffnung der Wirtschaft, eine Modernisierung des Wohlfahrtsstaates und eine Beseitigung von Korruption und Ineffizienz nicht erholen.“ Griechenlands Wirtschaft sei weder frei noch wettbewerbsfähig. Die größten Kartelle des Landes – wie beispielsweise die milchverarbeitende Industrie – seien noch immer durch künstliche Eintrittsbarrieren für Marktneulinge und ausländische Investoren abgeschirmt. Ferner seien die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Vergleich zu den Beschäftigten im privaten Sektor gesetzlich übermäßig stark geschützt.



Aristides Hatzís / Foto: FNF-Griechenland

Erstmals seit mehreren Jahren gab es in diesem Wahlkampf wieder Stimmen, die diese Ansichten prominent vertraten. Die 2014 gegründete sozial-liberale Bewegung *To Potámi* („Der Fluss“), ein Zusammenschluss von liberalen, sozialdemokratischen und reformorientierten Kräften der politischen Mitte, erreichte 6,05 % und wird künftig mit 17 Abgeordneten in der „*Vouli*“, dem griechischen Parlament, vertreten sein. Auch die ALDE-Mitgliedspartei *Drássi* unterstützte *To Potámi*, jedoch gelang es nicht, eigene Kandidaten in der Parlamentsfraktion zu platzieren.



Theodoros Skylakákis / Foto: FNF-Griechenland

Der Präsident von *Drássi*, der ehemalige Europaparlamentarier Theodoros Skylakákis, zeigte sich wenig überrascht, dass es im Falle der Regierungskoalition von SYRIZA und ANEL keine schriftlich fixierte Koalitionsvereinbarung gäbe. Man könne nur vermuten, dass alles bereits im Vorfeld vereinbart worden sei. „Genauso gut kann man aber auch davon ausgehen, dass nichts vereinbart wurde, weil es keinen realistischen Plan gibt“, so Skylakákis. „Diese Regierung wird von Fall zu Fall entscheiden. Genau diese Praxis – die Inexistenz eines realistischen Plans – hat in der Regel ein tragisches Ende, wenn man sich gewaltigen Problemen gegenüber sieht.“

Gregory Vallianatos, Menschenrechtsaktivist und Vorsitzender der liberalen Partei *Fileleftheri Symmachía* („Liberale Allianz“), die nicht zur Wahl antrat, äußerte sich noch drastischer: „Realistisch betrachtet erwarte ich von einer Regierung aus populistischen und radikalen Sozialisten und Kommunisten einerseits und homophoben, antisemitischen und nationalistischen Rassisten andererseits eine plumpe Erhöhung der öffentlichen Ausgaben sowie einen Mangel an marktwirtschaftlichen Lösungsansätzen, der mit massiver Arbeitslosigkeit und noch mehr Armut, populistischer Meinungsmache sowie von einem grundlegenden Mangel an Strukturformen begleitet werden wird.“ Bestenfalls könne man hoffen, dass sich die Gemüter der Regierungsparteien bis zum ersten Zusammentritt des neuen Parlaments in zwei Wochen noch etwas abkühlen würden.



Gregory Vallianatos / Foto: FNF-Griechenland

Als einzige Repräsentantin des liberalen Spektrums schaffte es die ehemalige Vizepräsidentin von *Drássi*, Antigone Lyberáki, als Kandidatin für *To Potámi* ins Parlament einzuziehen. Nachdem sich die Nichte des früheren konservativen Premierministers Konstantinos Mitsotákis für einige Jahre in der liberalen Partei engagiert hatte, kehrte sie dieser vor einigen Monaten den Rücken, um mit *To Potámi* wieder sozialdemokratischere Positionen zu vertreten.

Viele Wählerinnen und Wähler haben in ihrer Stimme für SYRIZA vielmehr eine Stimme gegen die etablierten Parteien gesehen, die Griechenland jahrzehntelang dominierten und mit ihrer klientelistischen Politik an den Rand des Abgrunds führten. Es ist für die Griechen zu hoffen, dass das Land bei der nun beginnenden Fahrt ins Ungewisse keinen Schiffbruch erleidet.

Vielleicht schaffen es nunmehr die reformorientierten Kräfte, sich in Opposition zur neuen Regierung zusammenzuschließen. Griechenland und Europa bräuchten diese Alternative.

Markus Kaiser ist Projektmanager der FNF für Griechenland in Brüssel.

Athanasios Gramménos ist Projektassistent der FNF für Griechenland.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)

Bereich Internationale Politik

Referat für Querschnittsaufgaben

Karl-Marx-Straße 2

D-14482 Potsdam

